

CDU gegen Plünderung der Rücklagen

Burkardt: Haushaltsrecht muss beachtet werden!

„Der von Bürgermeister Blasig festgestellte und der Gemeindevertretung vorgelegte **Entwurf des Haushalts 2008 ist so nicht zustimmungsreif**“, erklärte der Vorsitzende der **CDU-Fraktion**, Ludwig Burkardt, am Mittwoch und verwies auf das Desaster der Haushaltsberatung im Finanzausschuss. Die **CDU-Fraktion** begrüße es daher ausdrücklich, dass der Bürgermeister den Haushaltsplanentwurf überarbeiten lassen und neu feststellen wolle.

Die **CDU-Fraktion** werde in keinem Fall an einer Ausplünderung der Rücklagen von derzeit über 10 Millionen Euro durch überhöhte Ansätze und haushaltsrechtswidrige Veranschlagung von Bauinvestitionen, für die die vom Gesetz geforderten Planungen mit Kostenberechnungen, Bauzeitplänen und Folgekostenabschätzungen fehlten, mitwirken. - Zu einzelnen, gewichtigen Maßnahmen gebe es nicht einmal einen Grundsatzbeschluss für die Planung, geschweige denn, dass eine solche als Grundlage für den notwendigen Projektbeschluss und die Einplanung der Haushaltsmittel vorliege.

Der **CDU-Fraktionsvorsitzende** hat Bürgermeister Blasig schriftlich gebeten, zur Beratung im Hauptausschuss eine Auflistung all jener Maßnahmen vorzulegen, bei denen die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen für die Einstellung von Haushaltsmitteln noch nicht gegeben seien. Ferner sollten insbesondere die Ausgabenansätze daraufhin überprüft werden, was im Jahr 2008 tatsächlich an Mitteln benötigt werde. Die Haushaltsvorschriften dienen dazu, die Gemeindeorgane zu sorgfältiger Planung und Sparsamkeit anzuhalten. **„Eine sorgfältige Planung, nicht überhöhte Kostenansätze sind eine wesentliche Voraussetzung, um Kostenüberschreitungen zu vermeiden. Die gute finanzielle Ausstattung der Gemeinde darf nicht zur Leichtfertigkeit im Umgang mit den kommunalen Finanzen verführen!“** so Burkardt.

Wichtiger noch als die Finanzierung der Investitionen sind nach Ansicht des **CDU-Fraktionsvorsitzenden** die Folgekosten, über die es an nahezu keinem Haushaltsansatz Aussagen gäbe. So manche Gemeinde habe sich mit dem Missachten der Folgekosten schon ihren eigenen Strick gedreht, erklärte der ehemalige Stadtkämmerer.

Besonders kritisch muss nach Ansicht der **CDU-Fraktion** der Bau einer kommunalen Kulturhalle am Rathaus geprüft werden, da sowohl die evangelische Kirchengemeinde einen Saal mit 700 Plätzen bauen wolle und in den Planungen der internationalen Schule auf dem Seeberg eine Aula mit ca. 1.000 Plätzen vorgesehen sei. Hier seien Synergieeffekte denkbar, die gemeinsam mit den beiden anderen Trägern zum beiderseitigen Nutzen mindestens zunächst einmal untersucht werden müssten.

Schließlich gelte es auch, den ökologischen Aspekt zu bedenken. Diese Säle verbrauchten viel Energie und würden oft nur zu einem Bruchteil ihrer Kapazität genutzt.

Fazit von Ludwig Burkardt: **„Klimaschutz findet nicht in Bali statt, sondern in Kleinmachnow!“**

Presseerklärung vom 5. Dezember 2007